

en legen sich parteipolitisch fest, statt gemeinsam den rechtlichen Rahmen für eine Volksabstimmung zu schaffen.²⁴⁾

2) Die Schlichtung war – gemessen an den selbst gesetzten Zielen – nicht erfolgreich.

Weder hat ein Verfahren auf Augenhöhe stattgefunden (Teil 1), noch ist eine Befriedung des Konflikts in der Sache gelungen (Teil 2) und es gibt keine allgemein akzeptierte Legitimation für dieses Verfahren (Teil 3).

3) Schließlich hat diese Schlichtung den Anspruch des Schlichters, »ein neues Projekt unmittelbarer Demokratie mit unmittelbarer Transparenz« (7.) bzw. ein »Stuttgarter Demokratie-Modell« mit einer weiten Verbreitung in Deutschland« (15.) zu schaf-

schau.de), dass die Zustimmung zu S 21 von 35 auf 54 Prozent gestiegen sei.

24) Winfried Kretschmann, Interview in SZ, 30.10.2010, baut vor. Einerseits sagt er: »Deshalb halte ich den Spruch des Volkes eben auch für die einzige Lösung zur Befriedung des Konfliktes.« Und andererseits: »Man sollte keine Versprechen abgeben, von denen man nicht weiß, ob man sie halten kann. (...) Für einen direkten Ausstieg hätten wir nach der Wahl keine Mehrheit. Alle anderen Parteien sind für Stuttgart 21, auch die SPD.« Hirsch – a.a.O., Fußnote 14 – meint, dass die Demokratie ein sich ständig verändernder Prozess sei, bei dem Bürger nicht als Störer, sondern als Resource gesehen werden sollten. Mit Blick auf die politischen Par-

ten, noch nicht erfüllen können²⁵⁾. Ein zukunftsfähiges demokratisches Experiment bräuchte mehr als diese Schlichtung geben konnte. Dazu sind Verfahren nötig, die in komplexen Streitfragen keine »objektive Wahrheit« hervorbringen wollen, sondern eine mehrheitlich akzeptierbare Lösung. Nicht »richtige« Entscheidungen, sondern an nachhaltiger Entwicklung orientierte demokratische Verfahren befrachten und beleben die Demokratie.²⁶⁾

Dr. Werner Glenewinkel ist Mediator und Vorsitzender der Zentralstelle KDV.

teien fügt er hinzu: »Die Politik muss den Bürger ernst nehmen, so wie er ist.« Die »Parteien führen das Stück »Parlamentarische Demokratie« auf und merken nicht, dass sie dabei immer mehr unter sich bleiben.«

25) Zielke – a.a.O. Fußnote 11 – meint, S 21 sei ein »postdemokratisches Lehrstück«, das nicht als Modell künftiger demokratischer Praxis bei Großprojekten erhalten könne. »So darf es sich nicht abspielen, wenn Demokratie nicht noch mehr Substanz verlieren soll.«

26) Gemeint sind Verfahren, die bürgerschaftliche Partizipation fördern und fördern - von Planungszellen bis zu Zukunftswerkstätten, die sich als »Geburtshelfer einer Demokratie« verstehen, »die zwar oft versprochen und viel besprochen wurde, aber bisher noch nie und nirgendwo zu wirklichem Leben erwacht ist.« Robert Jungk/Norbert R. Müller: Zukunftswerkstätten – Mit Phantasie gegen Routine und Resignation.« München 1995, S. 189 

Ulrich Finckh

Lug und Trug und Ehrenworte

Anmerkungen zum Fall Guttenberg

Ds war ein klägliches Schauspiel, wie der inzwischen zurückgetretene Verteidigungsminister Freiherr zu Guttenberg sich verteidigte, als auf Plagiate in seiner Dissertation hingewiesen wurde. Erst hat er die Möglichkeit von Plagiaten strikt verneint und die Vorwürfe »abstrus« genannt. Als weitere Vorwürfe kamen, hat er mögliche kleine Fehler eingeräumt, aber als Fußnotenprobleme verharmlost, die in der nächsten Auflage seines Buches korrigiert werden könnten. Erst als die Plagiate in die Hunderte gingen und gar nicht mehr zu leugnen waren, hat er zugestanden, seine Arbeit sei teilweise Blödsinn und enthalte ernste Fehler. Dass er ein falsches Ehrenwort über selbständiges Arbeiten abgegeben hat, hat der Ehrenmann bis heute nicht offen eingeräumt.

Freiherr zu Guttenberg passt bestens in die Tradition seiner Partei und seines Ministeriums. Vielen wird noch gut in Erinnerung sein, wie Ministerpräsident Barschel sein Ehrenwort gab und Bundeskanzler Kohl sein Ehrenwort für wichtiger hielt als seinen Eid aufs Grundgesetz. In diese Linie passen auch die Lügen von jüdischen Vermächtnissen, mit denen die hessische CDU ihre schwarzen Kassen geheim halten wollte, von der Tradition eines Franz Josef Strauß ganz zu schweigen.

Nicht besser steht es mit dem Verteidigungsministerium. Die großen KDV-Prozesse hat es mit Lü-

genstatistiken gewonnen, die das Verfassungsgericht in die Irre geführt haben. 1977/78 wurde die statistische Basis heimlich radikal verändert und eine Verweigererflut vorgetäuscht, die es nicht gab. 1984/85 wurde die Verlängerung der Zivildienstzeit mit Lügen über angeblich viel längere, aber in Wahrheit nur anders berechnete Wochen- und Reservezeiten der Soldaten begründet. 1988 wollte das Ministerium die Dienstzeit verlängern und log, es gebe nicht genug Wehrpflichtige. Der Krieg gegen Jugoslawien wurde mit einem angeblichen serbischen »Hufeisenplan« zur Vernichtung der Albaner im Kosovo begründet, auch das war gelogen. Seit der deutschen Einigung, die eine Verkleinerung der Bundeswehr und gleichzeitig viel mehr Wehrpflichtige brachte, wurde zu Unrecht behauptet, es gebe noch ein Mindestmaß an Wehrgerechtigkeit.

Wo es zum Stil des Hauses und der Partei gehört, die Öffentlichkeit und sogar das Verfassungsgericht anzulügen, wundert man sich nicht über einen Minister, der sich mit Plagiaten und einer falschen ehrenwörtlichen Erklärung wohl doppelt strafbar gemacht hat.

Immerhin hat Verteidigungsminister zu Guttenberg die Bundeswehr zunächst an zwei Punkten ehrlich gemacht. Er hat endlich zugegeben, dass in Afghanistan Krieg geführt wird, allerdings nicht hinzugefügt, dass unsere Verbündeten die Drogenbos-

se mit ihren Privatarmeen sind. Und er hat die fehlende Wehrgerechtigkeit zugegeben. Aber was folgte auf diese Überschriften? Hat er überlegt, wie der Krieg durch Verhandlungen möglichst schnell zu beenden ist? Nein - er hat sich mit dem Außenminister gestritten, wie lange der Krieg noch weitergehen soll. Und was hat er mit der fehlenden Wehrgerechtigkeit gemacht? Umrüstung auf zivile Konfliktbearbeitung hat er jedenfalls nicht vorgeschlagen sondern die Umstellung auf eine Freiwilligenarmee, die für Krieg besser geeignet ist. Das freilich wurde nicht organisiert. Das Ministerium sollte halbiert werden, da hatten die Beamten vermutlich wenig Ehrgeiz, möglichst schnell ihre Stellen zu streichen. Der Verteidigungsminister hatte sein Haus jedenfalls nicht im Griff. Jetzt beschwerten sich der Inspekteur des Heeres und der Bundeswehrverband, dass sich fast keine Freiwilligen melden. Die jungen Leute sehnen sich nicht nach tödlichen Abenteuern.

Die Pleite bei der Bundeswehr kann uns egal sein. Aber sie betrifft auch alle Aufgaben, die von Zivilis und anderen, die nicht zur Bundeswehr wollten, wahrgenommen wurden. Jetzt müssen die freiwilli-

gen Feuerwehren und das Rote Kreuz, die Rettungsdienste und die DLRG Freiwillige suchen, die nicht mehr kommen, um der Wehrpflicht auszuweichen, sondern einfach um zu helfen. Aber das politische Talent hat leider die Aussetzung der Wehrpflicht so dilettantisch verkündet, dass er in den Bereichen der Ersatzdienste nur Chaos angerichtet hat. Absprachen im Kabinett oder Informationen der Freiwilligendienste gab es anscheinend nicht. Jetzt müssen die neuen Zuständigen in den Ministerien halt sehen, wie sie mit dem Chaos zurechtkommen.

Trotzdem gibt es Leute, die traurig sind, dass die Bundeswehr nicht von einem Betrüger geführt wird. Und die CSU ist fuchsteufelswild, dass nicht alle in der Union der Mafia-Devisen gefolgt sind, dass man »Freunden« unter allen Umständen hilft. Es war jedenfalls Zeit, dass dieser Verteidigungsminister seinen Hut nahm, und es wird wichtig sein, dass er nicht wiederkommt..

Ulrich Finckh ist Mitglied im Versöhnungsbund und war bis 2003 mehr als drei Jahrzehnte Vorsitzender der Zentralstelle KD.V.



Manfred Pappenberger

Die Kehrseite der Medaille (Teil 2)¹⁾

Die Neuausrichtung der Bundeswehr korrespondiert mit einer neuen Ordens- und Opferkultur

Der Transformationsprozess der Bundeswehr unterliegt einer zunehmenden Dynamisierung. Dies zeigt sich nicht nur im schnellen Ende der Wehrpflicht, auch vom Staatsbürger in Uniform wird immer seltener gesprochen, dafür um so öfter vom Kampsoldaten, der für deutsche Interessen in aller Welt eintritt. Kampsoldaten benötigen zu diesem Zweck neben High-Tech-Waffensystemen eine professionelle Ausbildung und eine adäquate Anerkennungs- und Ordenskultur. Deshalb wurde die Gefechtsmedaille – ein Orden für die kämpfende Truppe eingeführt.

Die jüngste Entwicklung zeigt, dass Politiker und Militärs in immer kürzeren Abständen immer neue Auszeichnungen ersinnen. Dabei wird deutlich, dass sich die Geschichte der Ehrenzeichen und Orden der Bundeswehr und die jeweilige Ausrichtung der Bundeswehr gegenseitig entsprechen.

Am 29. November 2010 verlieh Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) zum ersten Mal offiziell die neue, durch ihn selbst initiierte Gefechtsmedaille der Bundeswehr an 15 Bundeswehrsoldaten, von denen elf die Auszeichnung posthum erhielten.²⁾

Zwar fand ein im gleichen Zeitraum beantragter Verwundetenorden keine Zustimmung im Bundespräsidialamt, doch ist es gerade einmal zwei Jahre her, dass der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) das »Ehrenkreuz für Tapferkeit« einführt.

■ Zur Geschichte der deutschen Ordenskultur

Im Gegensatz zu autoritären Regimen oder (Militär-) Diktaturen üben demokratische Staatsformen eine eher zurückhaltende Verleihungspraxis von militärischen Orden und Auszeichnungen aus. Nach den Erfahrungen eines im Nationalsozialismus gepflegten übersteigerten Heldenkults und militärischen Pathos, verbunden mit einer inflationären Vergabe von militärischen Orden und Symbolen, erließen die Alliierten nach der Kapitulation Hitler-Deutschlands ein generelles Ordnensverbot. Auch die (Verteidigungs-)Politiker in der 1949 gegründeten Bundesrepublik hielten sich aus diesem Grunde lange Zeit zurück. Es sollte noch über drei Jahrzehnte dauern,

1) Vgl. Pappenberger, Manfred: Die Kehrseite der Medaille. Aspekte des neuen Bundeswehrordens. In: *Forum Pazifismus* Nr. 23, III/2009, S. 33-38, anlässlich der Einführung des »Ehrenkreuz für Tapferkeit«

2) Bereits am 25. November 2010 hatte der Verteidigungsminister in einer persönlichen Veranstaltung die neue Gefechtsmedaille an den Hauptgefreiten Sergej Motz vergeben, der am 29. April 2009 in der Nähe von Kunduz/Afghanistan im Rahmen des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr, gefallen war.